

Komitee Lehrplan 21 NEIN
Irene Herzog-Feusi
Etzelstrasse 54
8808 Pfäffikon
Tel. 055 410 41 93

EINSCHREIBEN
Regierungsrat Walter Stählin
Sekretariat Bildungsdepartement
Kollegiumstrasse 28
6430 Schwyz

Pfäffikon, 30. März 2015

**Wahrnehmung des Gesprächstermins vom 1. April 2015
betreffend Abstimmung zur Initiative über die Änderung des
Volksschulgesetzes / gegen den Lehrplan 21**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Stählin
Sehr geehrter Herr von Dach

Bezugnehmend auf die Mail-Nachricht vom 27. März 2015, 13.10h halten wir Folgendes fest:

Wir werden den Termin vom 1. April 2015, 16-17 Uhr wahrnehmen, da

- a) der Initiative Rechtsvorwirkung zukommt, resp. seit Zustandekommen der Initiative gilt:
 1. Gültigerklärung *vor* weiterer behördlicher Information zum LP21, hierzu Austausch mit den Initianten zur allfälligen Modifikation des Initiativ-Wortlauts
 2. während der Abstimmungskampagne sachlich korrekte, ausgewogene Behörden-Information *über die Inhalte der Initiative*
 3. Abstimmung
 4. Umsetzung des Bürgerentscheids; bei JA Umsetzung der Gesetzesänderung, bei NEIN Weiterführung der bis dahin sistierten Einführungsarbeiten/Infoveranstaltungen zum LP21
- b) wir Initianten das Gespräch im Sinne des rechtl. Gehörs beanspruchen, um dank einer schnellstmöglichen Aussprache unnötige Unsicherheiten, Aufwände zulasten der Steuerzahler und eine unnötige bürokratische Aufblähung zu vermeiden
- c) uns die verlangte Auskunft über die Rechtsgrundlage der Gesprächsverweigerung nicht erteilt wurde und wir somit davon ausgehen müssen, dass es keine Rechtsgrundlage für die Verweigerung eines mündlichen, informellen Austauschs über die Initiative gibt
- d) wir Klarheit im direkten Gespräch suchen über Ablauf und Inhalt der Initiative (und nicht über den Inhalt des Lehrplans 21– wie fälschlich im obgenannten Mail dargestellt, vgl. Beilage)

- e) Erziehungsrat Andreas Zehnder am 26. März 2015 in den Obersee Nachrichten und am 30. März 2015 in weiteren Medien trotz der Weiterführung der „*Informations-Offensive*“ (Lehrer, Schulleiter, Bürger, Vernehmlassung) des Bildungsdepartements aussagte: *“Einem allfälligen Volksentscheid soll nicht vorgegriffen werden.”* An allen bisher durchgeführten Info-Veranstaltungen wurde jedoch explizit ausgesagt, es gebe keinen Plan B und keine Alternative, sprich, die Initiative *könne gar nicht gutgeheissen werden*

- f) wir gegenüber der Gesamtbevölkerung und insbesondere gegenüber den mehr als 3000 Unterzeichnern der Initiative verpflichtet sind, missverständliche oder falsche Darstellungen, die an Veranstaltungen des Bildungsdepartements und in Medien-Verlautbarungen von Erziehungsräten, Schulleitern öffentlich gemacht werden, schnellstmöglich zu klären/richtigzustellen (z.B. die Aussage, dass evtl. gar nicht über die Initiative abgestimmt werde)

Das Gespräch, das wir mit dem Departementschef wünschen, ist als unverzichtbares Element einer guten demokratischen Kultur zu verstehen, in welcher die Volksrechte von Seiten der Behörden beachtet werden – unabhängig davon, ob eine inhaltliche Übereinstimmung des Regierungsrates mit dem Initiativanliegen besteht oder nicht.

Der gesprächsweise Austausch ist die zielführendste Vorgehensweise, um Missverständnisse und Unklarheiten zu beseitigen. Demgegenüber würde der reine Schriftenweg zu unerwünschten, teuren und kontraproduktiven Verwaltungs-Exzessen führen.

Wir erhoffen uns deshalb vom Gespräch vom 1. April 2015, unser basisdemokratisches Bürger-Engagement in gutem Einvernehmen mit den ausführenden Organen des Kantons leisten zu können, sodass gemeinsam eine sachdienliche Abstimmungskampagne vorbereitet werden kann.

Vom Initiativkomitee nehmen am Gespräch teil: Irene Herzog-Feusi, Theres Steinegger und Albert Knobel.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Irene Herzog-Feusi
Präsidentin Initiativkomitee Lehrplan 21 NEIN

Beilage: Mail vom 27. März 2015, P. von Dach